



# Rahmenbedingungen BürgerInnenbeteiligung

## These 1

**Freiwilliges Engagement ist heute und auch in Zukunft in hohem Maße vorhanden; ist aber immer weniger selbstverständlich.**

- Baden-Württemberg 2003: 40% engagiert; 30% wären unter bestimmten Voraussetzungen zum Engagement bereit; 30% unter keinen Umständen zum Engagement bereit
- Starkes Nord-Südgefälle und Ost-Westgefälle in Deutschland
- Starkes Stadt-Landgefälle (z.B. Berlin nur knapp 20% Engagierte)
- Engagementbereitschaft abhängig vom Sozialmilieu
- Traditionelles Engagement gerät zunehmend in die Krise: Rückgang der Aktiven, die langfristig Verantwortung übernehmen; trotzdem z.B. im Sportverein zunehmende Mitgliederzahlen; Mitglieder konsumieren die Dienstleistung, das Angebot des Vereins; das Engagement geht zurück
- Entwicklung der jüngsten Zeit: das „alte“ Ehrenamt im Verein (hierarchische Strukturen, langfristig angelegt, Engagement orientiert sich an den Vereinszielen) wird ergänzt durch das „neue“ Ehrenamt oder Bürgerschaftliche Engagement (Orientierung am persönlichen Interesse – keine Selbstlosigkeit mehr notwendig; man engagiert sich ausgesprochen für sich aber mit anderen zusammen auch für andere; Projekte stehen im Vordergrund)
- „Altes“ und „neues“ Ehrenamt sind keine Konkurrenz; beide sind notwendig und ergänzen sich gegenseitig; auch der traditionelle Verein wird sich künftig diesen sich verändernden Motiven der Engagementbereiten anpassen (müssen).
- Das „neue“ – Bürgerschaftliche Engagement schließt nach seinem Selbstverständnis die politische Teilhabe im Sinne der Partizipation mit ein.

## These 2

**Freiwilliges Engagement im Sinne von Bürgerschaftlichem Engagement wird aber immer wichtiger für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden und braucht deshalb systematische Förderung und Unterstützung**

- Die politische Legitimation ist auch auf kommunaler Ebene weiter rückläufig; eine Stärkung der Demokratie ist zwingend erforderlich
- Forschungsergebnisse zeigen: je mehr Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozessen einer Stadt oder Gemeinde beteiligt sind oder die Möglichkeit dazu haben, umso größer ist auch die Engagementbereitschaft, sich im Sozialen, im Umweltschutz, in der Wirtschaft, der Kultur oder auch in der Politik zu engagieren; beide Linien bedingen sich gegenseitig.
- Deshalb „Filderstädter Weg“; Unteilbarkeit von Engagementförderung und politischer Teilhabe: in Filderstadt Strukturen geschaffen: Gemeinderats-Ausschuss für Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Wirtschaft; Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung; Jugendgemeinderat; Weiterentwicklung der Beiräte in offene FOREN: z. B. Integration, Seniorenarbeit, Jugendforum; Natur- und Artenschutz; Workshops; Verwaltung unterstützt den Aufbau von entsprechenden Netzwerken: z.B. Kulturerbe „Streuobstwiesen“
- Logo und Slogan in Filderstadt: mitdenken, mitreden, mitmachen; intensive Öffentlichkeit erforderlich
- Maßnahmen für Anerkennung und Wertschätzung der Engagierten: „Danke schön – Abende“, Fortbildungen, Wanderungen, „Blaue Stunde“, Bürgergeschichten“

## These 3

**Ziel muss es sein, eine neue Verantwortungspartnerschaft zwischen der Bürgerschaft, der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft, den Organisationen und Einrichtungen auf kommunaler Ebene (Leitbild Bürgerkommune) auszuhandeln.**

- Langfristiger Prozess in Filderstadt seit 2000: „Chefsache“, Weiterentwicklung der Verwaltung von der Dienstleistungsverwaltung zur Verwaltung als Partner der Bürgerschaft, Wirtschaft, Vereine ...
- zahlreiche Fortbildungen in der Verwaltung: Verwaltungshandbuch „Bürgerbeteiligung“; Verwaltung ermöglicht Bürgerengagement, unterstützt und begleitet es; möglichst auf gleicher Augenhöhe; Fachleute der Verwaltung nutzen die Kompetenzen der Bürgerschaft
- Zwei Gemeinderatsworkshops bzw. Klausurtagungen; Selbstverständnis Bürgerengagement diskutiert, Bereitschaft zur Abgabe an Verantwortung im Vorfeld der Entscheidung, „Leitlinien „Bürgerbeteiligung“ verabschiedet; Chancen und Risiken offen gelegt; Gemeinderat behält sich letzte Entscheidung vor; Gemeinderat steckt den Rahmen für Bürgerbeteiligungsprozesse ab, macht Zielvorgaben, trifft Entscheidungen
- Mentoren für Bürgerschaftliches Engagement ausgebildet

## These 4

**Die Spielregeln hierfür müssen mit allen Beteiligten ausgehandelt werden. Derzeit ist der „Leitfaden Bürgerbeteiligung Filderstadt“ in Arbeit; Beschluss durch Gemeinderat: Prozess und Inhalt:**

### **Der erste Schritt: Leitfaden „Bürgerbeteiligung“ für Bürger, Politik und Verwaltung**

- Entstanden nach Bürgerbeteiligung Bernhausen Nordwest
- Klärung der Teilnahmevoraussetzungen
- Ansprechpartner Fachämter
- Informationsstrukturen: Rahmenbedingungen, Informationsfluss während und nach der aktiven Beteiligungsphase
- Konfliktlösungsmechanismen
- Amtsblatt
- Organisatorische und infrastrukturelle Unterstützung

### **Der zweite Schritt: BürgerInnenbeteiligung In Filderstadt Handlungsempfehlungen für die Verwaltung**

- Entstanden während einer **Verwaltungsfortbildung** zum Thema „Bürgerbeteiligung und Engagementförderung als Aufgabe der Stadtverwaltung“
- **Grundsätze** der Bürgerbeteiligung:
  - Was ist BE?
  - Neue und traditionelle Formen des Bürgerengagements
  - Formen der Bürgerbeteiligung in Filderstadt
  - Rollenverständnis der Akteure
  - Rahmenbedingungen zur Bürgerbeteiligung
  - „Der Filderstädter Weg der Bürgerbeteiligung“
  - Aufgaben des Referats für Bürgerbeteiligung
- **Anleitung** für ein Beteiligungsverfahren
  - Vorbereitungsphase
  - Dialogphase
  - Rückkopplungsphase
  - Dokumentation der Ergebnisse
- **Organisation** von Beteiligungsverfahren in der Stadtverwaltung
  - IGBE, verwaltungsinternes Netzwerk Bürgerbeteiligung
  - Auflistung und Priorisierung möglicher Beteiligungsprozesse
  - Entscheidung über durchzuführende Beteiligungsprozesse

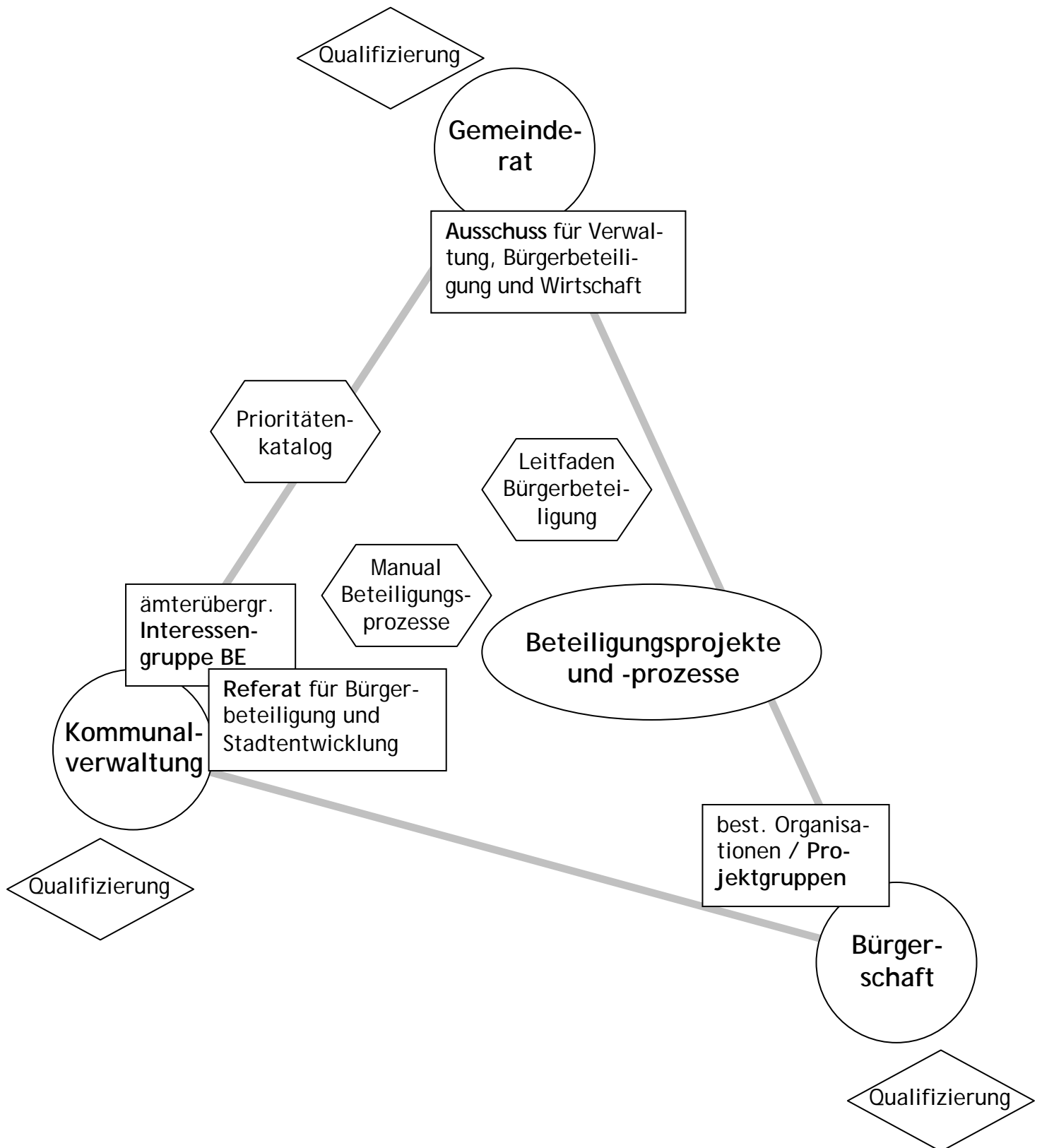
### **Der dritte Schritt: IGBE (Interessengruppe Bürgerbeteiligung der Stadtverwaltung**

- Entstanden im Rahmen der Fortbildungen für **Führungskräfte**; 2 mal jährlich
- Ziele und **Aufgaben**
  - Ämterübergreifende Verständigung über Beteiligungsprojekte
  - Erfahrungsaustausch; kollegiales Coaching
  - Vorab-Klärung Federführung
  - Vorab-Klärung von Schnittstellen in der Verwaltung
  - Entscheidung in Dezernaten und Dezernentenbesprechungen
- Fortbildungen für die **operative Ebene** der Verwaltung

### **Der vierte Schritt: Die Rolle und das Selbstverständnis des Gemeinderats**

- **Klausurtagung** 2005 Beschluss von Partizipationsgrundsätzen
  - Fortsetzung der begonnenen Engagementförderung
  - Verstärkte Einbindung der Vereine/ traditionellem Ehrenamt
  - Offene Informationspolitik gegenüber Bürgerschaft
  - Gemeinderat reflektiert seine Rolle in Beteiligungsprozessen

- Verhältnis GR und Bürgerschaft soll reflektiert und neu bestimmt werden: ergänzende Spielregeln, Formulierung von Rollenbestimmungen, Lernprozess der Stadtpolitik ermöglichen
- Ergebnisse dokumentiert in **Artikel** „Der Gemeinderat in der Bürgerkommune – ein starker Partner
- Wichtiges Instrument für geplanten Prozess „Integriertes Stadtentwicklungskonzept Filderstadt 2020“ mit intensiver und transparenter Bürgerbeteiligung



## These 5

### **Langfristig wird es auf kommunaler Ebene eine weiterentwickelte Form der repräsentativen Demokratie (vom top-down - Ansatz hin zu mehr ergänzendem bottom-up- Ansatz) geben müssen: die kooperativ- demokratische Willensbildung.**

- Auf kommunaler Ebene wird die ausschließliche Fundierung auf dem repräsentativen Mandat zunehmend als eine unzureichend handlungsfähige politische Einheit gesehen. Gleichzeitig wächst die Diskussion um die zusätzliche Einführung „direkter“ Beteiligungsformen als Ergänzung zu den Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie.
- Die politische Willensbildung erfolgt bei der „direkten“ Beteiligung über Formen und Verfahren, in denen interessierte Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Wirtschaft, Vereine und Organisationen im gemeinsamen Dialog – eben kooperativ – nach Lösungen für anstehende Fragen suchen.
- Warum ist diese Ergänzung notwendig? Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der politischen Willensbildung lässt sich nicht mehr alleine durch regelmäßige Wahlen gewährleisten. Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich mehr und direkter einbringen. Auch die Politik ist sich angesichts der zurückgehenden Wahlbeteiligung und dem schwindenden Engagement in den Parteien den Grenzen der Legitimationsbasis bewusst. Es gibt also genügend Anlässe, um über neue Beteiligungsformen nachzudenken: Bürgerbegehren, Bürgerentscheid sind nur der eine Aspekt. Es sind vielmehr Aspekte, die zur politischen Entscheidungsvorbereitung beitragen: Runde Tische, Planungszellen, Zukunftswerkstätten, Stadtteilversammlungen etc. aber auch wie in Filderstadt Bürgerbefragung 2006, Jugendbefragung 2007; aktives on-line Bürgerpanel
- Hierbei gibt es das Problem der demokratischen Legitimation: sind alle Beteiligten beteiligt? Sind die einzelnen Interessenvertreter im statistischen Sinne repräsentativ? Wer vertritt die beteiligungsfernen Interessengruppen?
- Die kooperativ-demokratische Willensbildung braucht einen starken Gemeinderat; es läuft keinesfalls auf eine Schwächung des Gemeinderats hinaus; im Gegenteil: er ist Herr über das Verfahren, er beschließt über die Umsetzung der vorgeschlagenen Lösungen und im Fall von Konflikten zwischen den Beteiligten im Verfahren entscheidet das gewählte Gremium
- Grundsätzlich sind zwei unterschiedliche Beteiligungsrichtungen denkbar: 1. der Gemeinderat fordert die Bürgerschaft zu einem Projekt auf oder 2. eine Bürgerinitiative wird von sich aus aktiv. In diesem Fall tritt die Initiative in Filderstadt an die Verwaltung (in der Regel an das zuständige Fachamt) heran; diese geht mit einer Vorlage an den Gemeinderat und der setzt sich mit den Zielen der Initiative auseinander.
- Denkbar ist die Senkung der Quoren für Bürgerentscheide und der Definitionen für eine wichtige Gemeindeangelegenheit gesetzlich festzulegen.
- Denkbar sind Angebote für Internetabstimmungen; Internetvoten, Internetmeinungsumfragen
- Das Selbstverständnis der Politik zu Beteiligungsverfahren muss klarer formuliert werden; Bürgerbeteiligung muss ernst genommen werden und auch gewagt werden; Bürgerbeteiligung darf nicht die Funktion haben, Bürger einzuverleiben, die Politik von „oben“ nur zu legitimieren oder gar nur eine „Spielwiese“ zu sein.
- Konkret muss auch eine stärkere Miteinbeziehung der weniger artikulationsfähigen Bevölkerung erreicht werden z.B. Anwaltsplanung; oder die Einbeziehung der Arbeitsplatz- und Ausbildungspendler in eine Stadt.
- Außerdem muss eine gewisse Verbindlichkeit bei der Umsetzung eines längeren Beteiligungsprozesses gewährleistet werden; Stichwort.mittelfristige Haushaltsplanung, Verpflichtungsermächtigungen.
- In den direkten Beteiligungsprozessen sollte auch erreicht werden, dass eine Art „höhere“ Bürgerbeteiligung angestrebt wird, die nicht nur die Betroffenheitsbeteiligung - vielmehr das Allgemeinwohl - in den Mittelpunkt stellt.

Thomas Haigis, Referent für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung Filderstadt,  
0711/7003-375; [thaigis@filderstadt.de](mailto:thaigis@filderstadt.de)

Paul-Stefan Roß, Professor für Sozialarbeitswissenschaft an der Berufsakademie Stuttgart/Fachberater  
Gemeindenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg  
0711/1849-727; [ross@ba-stuttgart.de](mailto:ross@ba-stuttgart.de)